

Calmer Tagblatt

Nr. 138 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 4200 M., monatlich, Postbezugspreis 4200 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 200 M. Schluß der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die deutsche Regierung hat an die am Ruhrbruch nicht beteiligten Regierungen eine Note gerichtet, in der sie auf die neuerlichen Mordtaten der französischen Soldateska in Dortmund hinweist und die Verantwortung der französischen Regierung für die systematische Verhöhnung ihrer Gewaltpolitik in den besetzten Gebieten feststellt.

Wie schon seit einiger Zeit zu beobachten ist, verschärft sich die Stimmung weiter Kreise in Frankreich gegen Poincaré's Katastrophopolitik, was sich auch in der gestrigen Kammerdebatte wieder zeigte. Poincaré half sich mit den üblichen Mitteln der Hege gegen das „böswillige“ Deutschland, das Frankreichs Existenz in jeder Richtung bedrohe. Da der Vintoblock aus nationalen Gründen jedoch nicht wagt, die derzeitige Regierung noch weiter zu kompromittieren, ist damit zu rechnen, daß Poincaré, wie er ganz offen zugab, sein Gewaltsystem zu Ende zu führen sucht, d. h. bis zu einer Verzweiflungstat der Rheinlandsbevölkerung, auf die er dann seine letzten Pläne aufbauen könnte, nämlich die Abtrennung des Rheinlands von Deutschland und womöglich die Zerstückelung Deutschlands in Norden und Süden. Wenn man die Berichte aus dem Prozeß gegen die bayrischen Sonderbündler liest, wird man die Richtlinien erkennen, nach welchen diese Bestrebungen gehen.

Inzwischen „versucht“ die englische Regierung von Paris Auskunfts über ihre Haltung gegenüber dem neuesten deutschen Angebot zu bekommen. Merkwürdigerweise ist nun auf einmal der wirtschaftliche Teil der Reparationsfrage für die Franzosen uninteressant geworden, und merkwürdigerweise sieht das England auch ein, daß für die Franzosen jetzt auf einmal die Forderung der Einstellung des passiven Widerstandes die Hauptsache ist. Und während jeder Tag im Rheinland und im Reich selbst das Chaos bringen kann, das mit allen Schritten des unmenslichsten Terrors von den Franzosen erstrebt wird, wendet sich England, treu seinem Prinzip der Verschleppung und damit der indirekten Unterstützung des französischen Ziels an die französische Regierung, und fragt an, wie sie sich die Einstellung des passiven Widerstandes vorstelle, und was sie etwa als Gegenleistung gewähren würde. Man spricht von einer „Anschickbarmachung“ der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets. Wie man sich diese vorstellen soll, ist vorerst noch schweierhaft. Auch nach Deutschland soll über diese Punkte ein Fragebogen geschickt werden.

Durch den Rücktritt des belgischen Kabinetts ist die Möglichkeit der Durchführung eines Entschlusses der Alliierten noch weiter kompliziert worden. Auch hier sind wohl außenpolitische Gründe maßgebend, wenn man den Ministerpräsidenten noch zu halten versucht, aber es zeigt sich auch hier der starke Widerstand gegen die französische Gewaltpolitik.

Der innerpolitische Kampf in Frankreich.

Die üblichen hegerischen Phrasen Poincaré's.
Paris, 15. Juni. Die heutige Kammer Sitzung, die um 3 Uhr begann, hatte ein außerordentlich zahlreiches Publikum angelockt. Nach debatteloser Erledigung einiger unwesentlicher Gesetzentwürfe wurde in die Beratung der Interpellationen über die innere Politik der Regierung eingetreten. Es lagen vor eine Interpellation des Abgeordneten Ibarnegaray über die Stellung, die die Regierung in dem leidenschaftlich entbrannten Kampf zwischen dem Block der Linken und dem nationalen Block einzunehmen gedenke, die Interpellation des Abgeordneten Bellet, der von der Regierung eine Erklärung über ihre Stellung zu einer Politik weitgehender republikanischer Vereinigung verlangt und die Entwicklung eines präzisen Programms, um das sich eine starke und sichere Mehrheit bilden könne, ferner zwei Interpellationen kommunistischer Abgeordneter über die innere Politik der Regierung und eine Interpellation des kommunistischen Abgeordneten Laffoni über die Treibereien der Royalisten. Als erster Redner begründet Ibarnegaray seine Interpellation und erklärte, wenn in diesem Augenblick eine linksgerichtete Kammermehrheit bestände, glaube er nicht, daß Frankreich jemals ins Ruhrgebiet eingerückt wäre und wenn morgen eine solche Mehrheit gebildet würde, glaube er nicht, daß Frankreich noch lange dort bleiben würde. Er fragte die Regierung, wenn sie die Reparation Deutschlands wolle, warum sie nicht mit ihrer ganzen Autorität die Männer, die bei der Ruhrbesetzung

mithelfen wollten, unterstütze und warum sie nicht gegen die Politiker vorgehe, die, wenn sie zur Macht gelangt seien, nichts Eiligeres zu tun hätten, als das Werk der jetzigen Regierung zu zerstören. Der Redner ging dann auf die Debatte betreffend die Angriffe der Camelots du roi über und bedauert lebhaft, daß die Kammer den Anschlag der Rede des Abgeordneten Herriot, die starke Angriffe gegen die Regierung enthalten habe, gebilligt habe. Der Redner besprach weiterhin verschiedene Fragen der Innenpolitik, namentlich die Frage, ob es den Beamten gestattet sein könne, sich wirtschaftlich zu organisieren. Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Redner auf die sozialistischen Kundgebungen anlässlich der Gedächtnisfeier für J. J. Viret ein und forderte im Hinblick darauf den Ministerpräsidenten auf, sich eine große Mehrheit zu schaffen und das begonnene Werk fortzusetzen. Die Mehrheit vom 16. November 1919 verlange einen Führer und Poincaré müsse erklären, ob er dieser Führer sein wolle. — Nach einer Unterbrechung der Sitzung ergriff der zweite Interpellant, Abgeordneter Bellet das Wort und ging zunächst gleichfalls auf die Ruhrbesetzung ein, die sich als notwendig erwiesen habe, weil sonst der französische Steuerzahler durch die Steuern erdrückt worden wäre. Die jüngsten Zwischenfälle im Ruhrgebiet seien auf die Haltung der deutschen Regierung zurückzuführen. Nachdem der Redner Einzelheiten gewisser Wahlkombinationen, die bis zu den letzten Kammerwahlen zurückgehen, besprochen hatte, ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort. Poincaré erklärte, seine Regierung werde diejenigen bekämpfen, die die Sozialrevolution wollten, aber auch diejenigen, die eine Monarchie wieder aufzurichten versuchten. Frankreich wünsche eine Entwicklung in Ruhe und Freiheit. Auf die äußere Politik übergehend, sprach der Ministerpräsident wieder von dem schlechten Willen Deutschlands. Die Kontrollkommissionen müßten wieder funktionieren. Das sei namentlich hinsichtlich der Luftschiffahrt notwendig. Deutschland müsse überwacht werden. Poincaré behauptete weiter, die deutsche Regierung ermüde die Sabotageakte im besetzten Gebiet. Die deutschen Vorschläge bezeichnete er als herausfordernd. Die Franzosen seien daher gezwungen, den Druck zu verstärken und zu verlängern. Frankreich habe sein Werk der Gerechtigkeit (!?) noch nicht vollendet. Gestern habe sein moralisches und materielles Leben auf dem Spiel gestanden, heute sei sein wirtschaftliches und finanzielles Leben bedroht und morgen werde vielleicht seine ganze Existenz bedroht sein. — Die Sitzung dauerte um 11 Uhr abends noch an. Im Uebrigen ist aber zu erwarten, daß bei der Abstimmung Poincaré eine erhebliche Mehrheit auf sich vereinen kann.

Die französische Gewaltpolitik. Eine deutsche Protestnote an die unbeteiligten Staaten gegen die französischen Mordtaten.

Berlin, 16. Juni. Die deutschen Botschafter in London, Madrid, Rom, Washington und Moskau und die deutschen Gesandten in Haag, Bern, Kopenhagen, Christiania, Stockholm, Riga und Warschau wurden beauftragt, den dortigen Regierungen folgende Note mit Anlage zu übermitteln: Die deutsche Regierung sieht sich neuerlich gezwungen, die Aufmerksamkeit der nicht an der Ruhraktion beteiligten fremden Regierungen auf die unheilvollen Gewaltakte zu lenken, mit denen die französisch-belgischen Besatzungstruppen gegen die Bevölkerung des alt- und des neubesetzten Gebiets vorgeht. Die Schritte, die die deutsche Regierung im Geiste aufrichtiger Verhandlungsbereitschaft mit ihrem Angebot vom 2. Mai und dem Memorandum vom 7. Juni getan hat, um die gegenwärtige Situation zu beenden, haben die französische Regierung nicht gehindert, ihrerseits den Terror gegen die Bevölkerung in den schärfsten Formen fortzusetzen. In dieser Hinsicht braucht nur auf folgende Tatsachen hingewiesen zu werden: Am 26. Mai wurde der Kaufmann Schlageter wegen angeblicher Sabotageakte auf Grund eines Urteils des Kriegsgerichts erschossen, obwohl bei der französischen Regierung dringende Vorstellungen erhoben worden waren, die Lage nicht durch Vollstreckung des Urteils weiter zu verschärfen. Am 10. Juni abends wurden in Dortmund anlässlich der unaufgeklärten Tötung zweier französischer Militärpersonen 6 Deutsche von einer französischen Patrouille auf der Straße angegriffen, schwer mißhandelt und ohne jeden Anlaß niedergeschossen. Wie sich aus den anliegenden zeugenschaftlichen Aussagen ergibt, stand von vornherein außer Zweifel, daß diese Deutschen mit der Erschießung der Franzosen nicht das geringste zu tun hatten. Am 11. Juni wurde in Reddinghausen der 19jährige Karl Wöller von französischen Soldaten erschossen. Am 13. Juni verurteilte ein französisches Kriegsgericht in Mainz den Landwirtschaftlichen Lehrer Görge wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode.

Alles dies geschieht zu der gleichen Zeit, da die französische Regierung fordert, daß die Bevölkerung des alt- und des neubesetzten Gebiets den passiven Widerstand aufgibt und von der Erfüllung dieser Forderung den Beginn von Verhandlungen abhängig macht, die allein zur Lösung des gegenwärtigen Konflikts führen können. Der Widerspruch in diesem Verhalten liegt offen zu tage. Das französische Vorgehen macht alle Bemühungen der deutschen Regierung, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, illusorisch. Es stärkt nicht nur in der Bevölkerung das Gefühl der Notwendigkeit, gegenüber dem fremden Militarismus den passiven Widerstand aufrecht zu erhalten, sondern beschwört darüber hinaus immer ernster die Gefahr herauf, daß sich die in ihrem innersten Empfinden getroffene Bevölkerung zu verzweifelten Unbesonnenheiten hinreißen läßt, die in ihren Auswirkungen weit über das besetzte Gebiet hinausgehen. Die deutsche Regierung hat bei den unaufgeklärten Zwischenfällen wiederholt vorgeschlagen, den Sachverhalt durch internationale Kommissionen untersuchen zu lassen. Die französische Regierung ließ alle derartigen Anträge bisher unbeantwortet. Die deutsche Regierung legt hiergegen und gegen die fortgesetzte französische Gewaltpolitik Verwahrung ein und stellt öffentlich fest, daß die Verantwortung für deren Folgen allein auf die französische Regierung fällt.

In der Anlage werden die in der Note gekennzeichneten Vorfälle näher dargelegt.

Die Beerdigung der Dortmunder Todesopfer.

Dortmund, 15. Juni. Heute nachmittag fand die Beerdigung der sechs Personen, die am Samstag abend französischen Geschossen zum Opfer gefallen sind, unter ungeheurer Beteiligung aller Bevölkerungskreise statt. Etwa 10 Musikkapellen spielten Trauerweisen, während die Glocken sämtlicher Kirchen läuteten. Alle Behörden, alle Vereine und alle Vereine waren vertreten. Sämtliche Geschäftslokale und Wirtschaften der Stadt hatten geschlossen. Die evangelische und die katholische Geistlichkeit schritt hinter den sechs Wagen einher, die je einen Sarg trugen. Hinter den Geistlichen gingen die Angehörigen. Der Vorbeimarsch des Zuges dauerte über dreiviertel Stunden. Insgesamt umfäumten wohl 150 000 Menschen die Straßen, die der Trauerzug passierte. Der Reichskanzler ließ an den Gräbern der sechs Opfer Kränze niederlegen. Der Magistrat der Stadt richtete an den Kommandeur der 3. Linien-division in Kaptrop wegen der Erschießung der sechs Personen einen Protest, in dem zunächst darauf hingewiesen wird, daß infolge der Telefonperre und der Sonntagstube es nicht möglich war, die Einwohner rechtzeitig auf die für Sonntag abend 9 Uhr festgesetzte Vertretungsperre aufmerksam zu machen, in Sonderheit nicht diejenigen Personen, die schon morgens eine Reise oder einen Sonntagsausflug angetreten hatten und erst nach 9 Uhr abends zurückkehrten. Auf diesen Umstand nahm die Befehlsgewalt keine Rücksicht. Die furchtbaren Ereignisse erheischten dringend Aufklärung und gegebenenfalls Sühne. Hieran hätten nicht nur Deutschland, sondern auch das gesamte deutsche Volk und die gesittete Welt und nicht zuletzt auch der französische General als Vertreter der Republik Frankreich ein hervorragendes Interesse. In dem Protestschreiben wird um baldige Mitteilung ersucht, ob seitens der Franzosen Ermittlungen über die Vorkommnisse angestellt oder eingeleitet wurden und welches Ergebnis dieselben gebracht hätten. — Dem Protest sind vier amtliche Zeugnisauslagen beigelegt, darunter auch diejenige des schwerverletzten Schlossers Frey, der sich noch im Krankenhaus befindet.

Rundgebung des Reichskanzlers anlässlich der Beisetzung der Dortmunder Todesopfer.

Berlin, 15. Juni. Der Reichskanzler hat an den Oberpräsidenten in Münster ein Telegramm gerichtet, in dem er bittet, am Tage der Beisetzung der unglücklichen, durch französische Soldaten in Dortmund niedergemetelten Opfer den Angehörigen die herzlichste Anteilnahme der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Auch diese neue entsetzliche Bluttat werde den Widerstandswillen nicht brechen, sondern die westfälischen Brüder immer mehr stärken und mit den anderen Brüdern des deutschen Volkes zur entschlossenen und unerschütterlichen Einmütigkeit gegen die französischen Gewaltpläne vereinen.

Dortmund vom Verkehr abgeschnitten.

Dortmund, 15. Juni. Seit heute früh halten die Franzosen sowohl den Hauptbahnhof als auch den Bahnhof-Süd, die noch frei waren, besetzt, ebenso die Güterbahnhöfe, Nebenbahnhöfe

Zufuhr:
aber. Erlös
M, Haber
408.
Stad
mich deine
Christen-
ber den Ev.
Uhr: Pre-
ell.
nd Sonntag
de.
ntagschule.
de, Führer.
r: Predigt,
el.
Calw.
Calw.
urg.
uni
est
mpfen
ues ab.
mpfe.
ereime beim
n Abmarsch
arnen.
ung in der
herzlich ein-
Ausfluß.
Plage.
ung
fest
hen Ver-
chwangen
r, im Wald
und ihre
perper; Mi-
us Liebenzell.
8 Uhr
r t
ll unter
n)
ell,
opran)
nation)
Musik-
nstmühl.
Wagner
v. Glück
beethoven
l. Klages
2500 M.
ig.

und Stellwerte. Damit ist Dortmund von jedem Eisenbahnverkehr abgeschnitten. Die Franzosen haben das gestern auf der hiesigen Reichsbankstelle beschlagnahmte Geld in Höhe von rund 50 Milliarden heute in Lastautomobilen abtransportiert.

Die Massenausweisungen.

Ludwigshafen, 15. Juni. Aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Ludwigshafen wurden gestern unter Zurücklassung ihrer Möbel 37 Eisenbahner, davon 35 Verheiratete, mit Frauen und 67 Kindern, ausgewiesen. Wie mitgeteilt wird, üben die Franzosen neuerdings einen Druck auf die bisher noch gebliebenen Bahnhofswirte aus, um sie zum Abschluß von Pachtverträgen mit der französisch-belgischen Eisenbahnregie zu zwingen durch die Drohung, daß sie widrigenfalls Ausweisung und Beschlagnahme des Eigentums zu erwarten hätten.

Frankfurt, 15. Juni. Aus Höchst am Main sind 53 Eisenbahnbedienstete mit 28 Frauen und 49 Kindern, ferner aus dem Bezirk Mainz 95 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen worden. In allen Fällen mußten die Möbel zurückgelassen werden. Infolge der Verkehrsperre wird auch der Abtransport der Flüchtlinge erheblich behindert. So wurden Leute von deutscher Seite bis hart an die Grenze des besetzten Gebiets verbracht, dann aber von den Franzosen wieder zurückgeschickt, sodaß sie teils zu Fuß, teils zu Schiff, teils in Möbelwagen nach dem unbesetzten Gebiet mußten. Eine Anzahl Frauen ist bei solchen Anlässen ohnmächtig geworden.

Neue unerhörte Strafen.

Werden, 16. Juni. Die Verhandlung des französischen Kriegsgerichts gegen Direktor Falke nahm gestern denselben Verlauf wie gegen den Direktor Kellermann. Der Angeklagte wurde entsprechend dem Antrag des Anklagevertreters zu fünf Jahren Gefängnis und 6,2 Millionen Francs (rund 43 Milliarden Mark) Geldstrafe verurteilt. Gegen Friedmann beantragte der Staatsanwalt 3 Jahre Gefängnis und 8,25 Millionen Francs (rund 57 Milliarden Mark) Geldstrafe. Das Urteil lautete auf die beantragte Geldstrafe. Von einer Gefängnisstrafe wurde abgesehen.

Neue Verkehrsbeschränkungen durch die Rheinlandskommission.

Paris, 15. Juni. Die Rheinlandskommission hat, wie die Havasagentur meldet, gestern wieder eine neue Serie von Ordnungen erlassen. In keinem der Berichte wird aber angegeben, ob die Entscheidungen mit Stimmenmehrheit oder mit Stimmengleichheit getroffen wurden. U. a. soll der verstärkte Straßenbahnverkehr von nun an nicht mehr gebildet werden. Es wurde vielmehr beschlossen, daß die Straßenbahngesellschaften ihren Betrieb auf die normale Ausdehnung im Jahre 1922 zurückzuführen haben. Des ferneren soll von nun an den Kommunen die Wiedergutmachung eines jeden Sachschadens auferlegt werden, der durch Sabotage oder aus einem anderen Grund, so z. B. bei Erfüllung der deutschen Lieferungsverordnungen entstanden ist. Weitere Ordnungen sollen den Reiseverkehr der Beamten erschweren. Es soll Reisebewilligung nur insoweit gegeben werden, als es sich um unumgängliche Besprechungen im Interesse der Bevölkerung handelt. Die Bezirksbelegierten allein sollen diese Bewilligungen erteilen. Für ganz bestimmte Fälle behält sich jedoch die Kommission selbst die Entscheidung vor.

Die Reparationsfrage.

Zum Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Paris, 15. Juni. Aus Brüssel wird berichtet: Zu Beginn der heutigen Kammeritzung erhob sich Ministerpräsident Theunis und erklärte: Ich habe die Ehre, der Kammer mitzuteilen, daß das Kabinett demissioniert hat. — Nach Erledigung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten hat sich die Kammer auf Vorschlag ihres Präsidenten bis zum 26. Juni vertagt. — Weiter berichtet Havas: Der ehemalige Ministerpräsident Theunis ist heute vormittag zum König berufen worden. Der König hat den Eindruck, daß Theunis das Ministerium um bilden soll. Dieser will jedoch vorher seine Haltung zu verschiedenen innerpolitischen Fragen präzisieren, die der Regierung Schwierigkeiten bereiten könnten.

Die vorläufige Wirkung des Rücktritts der belgischen Regierung.

Verzögerung der französisch-belgischen Besprechungen.

Paris, 16. Juni. Die Havasagentur berichtet, die Demission des belgischen Ministeriums werde wahrscheinlich eine gewisse Verzögerung in den zwischen Paris und Brüssel eingeleiteten Besprechungen, die sich mit dem britischen Memorandum beschäftigen, zur Folge haben.

Die englischen Anfragen an Frankreich.

London, 15. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, die Kopien des am Montag nach Paris gesandten britischen Memorandums seien auch der belgischen und italienischen Regierung übermittelt worden. Das Memorandum enthalte neun Punkte, von denen acht die Gestalt von Fragen haben und den Zweck verfolgen, von Frankreich eine klare Definition seiner Politik in folgenden Punkten zu erhalten: Einstellung des deutschen passiven Widerstands und sichtbare militärische Besetzung; schrittweise Räumung; wirtschaftliche Ausbeutung von Pfändern; Memorandum an Deutschland; Eisenbahnregie für die Rheinlande und die Frage der Zollgrenze zwischen dem besetzten und nicht besetzten Deutschland. Der neunte Punkt stellt eine Weigerung dar, die französische Mindestforderung mit Bezug auf die A-, B- und C-Bons, wie sie im Januarplan Poincarés dargelegt sind, sowie die Beschrän-

kung der Erörterungsgrundlage auf diesem Plan, anzunehmen. Der Berichterstatter hält es nicht für undenkbar, daß nach Eingang der Antwort auf das englische Memorandum die britische Diplomatie versuchen werde, auf informellem Wege von der deutschen Regierung gewisse ergänzende Einzelheiten zum letzten deutschen Memorandum zu erhalten. Der Berichterstatter ist der Ansicht, es müsse ohne allzu große Schwierigkeiten festgestellt werden können, wie weit die deutsche Regierung den Franzosen in ihrer Forderung nach Einstellung und der Suspendierung des passiven Widerstandes entgegen kommen würde, vorausgesetzt, daß sie eine derartige Forderung auf die offizielle deutsche Aktion in diesem Punkte beschränke und welche Zugeständnisse die deutsche Regierung im Austausch dagegen verlange.

Englische Rückfragen auch an Deutschland?

Berlin, 15. Juni. Einer Londoner Blättermeldung zufolge soll die englische Regierung ebenso wie an Frankreich auch an Deutschland einen Fragebogen gerichtet haben, in dem um ergänzende Mitteilungen zu dem deutschen Memorandum gebeten werde. Wie hiezu das „Berliner 8-Uhr Abendblatt“ an unterrichteter Berliner Stelle erfährt, war bis zur Mittagsstunde bei der Reichsregierung von einer derartigen Mitteilung nichts bekannt.

Die „Times“ zur Haltung Englands.

London, 15. Juni. Die „Times“ schreibt in ihrem Leitartikel zu der gestrigen Erklärung Baldwin im Unterhaus, wenn Großbritannien im gegenwärtigen Stadium die Besetzungspolitik gut heißen würde, so würde es mehr tun, als sich von seinem diplomatischen Standpunkt zurückziehen. Es würde mit einem einzigen Streich seine ganze Macht nützlicher Interventionen in der europäischen Politik zerstören. England würde damit gegen seine eigene Ueberzeugung handeln. Der Premierminister habe zweifellos in der festen Absicht gesprochen, die englischen Interessen zu verteidigen. Die „Times“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Meldung ihres Pariser Korrespondenten, wonach der Plan eines Waffenstillstands an Boden gewinne, sich bestätigen müsse; denn eine fruchtbare Konferenz und irgendwelche Reparationen seien nie denkbar unter den augenblicklichen Bedingungen. Der Gewinn für Deutschland durch ein solches Kompromiß sei klar genug. Aber der Gewinn für Frankreich in den Augen eines jeden, der Frankreich wohlwollend gegenüberstehe, würde in mancher Beziehung noch bedeutender sein. Das sei Frankreichs erste und wahrscheinlich letzte Gelegenheit, das Reparationsproblem unter für Frankreich selbst günstigen Bedingungen zu regeln. Für den Augenblick würden neue Anstrengungen gemacht, um ein Einvernehmen mit Frankreich zu erzielen. Das wirtschaftliche Problem nehme notwendigerweise die zweite Stellung ein.

Eine Rundgebung der Angestelltenverbände der besetzten Gebiete.

Elberfeld, 15. Juni. Eine Angestelltenrundgebung, einberufen vom Gesamtverband deutscher Angestelltergewerkschaften, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, fand für das alt- und das neubesetzte Gebiet in Elberfeld statt. Nach längerer eingehender Beratung wurde die Willensmeinung der Versammlung einmütig in folgender Entschliessung zum Ausdruck gebracht: Wir werden uns nicht von der gemeinsam angenommenen Linie der Abwehr abbringen lassen. Wir wenden uns mit besonderem Nachdruck gegen jene Bestrebungen, deren Zweck die Abtrennung des Rheinlandes in irgend einer Form von Preußen oder vom Reich ist. Wir erheben schärfsten Einspruch gegen alle Versuche, entgegen dem ausdrücklichen Willen der überwältigenden Mehrheit der rheinländischen Bevölkerung das gegenwärtige staatsrechtliche Verhältnis der Rheinlande zu Preußen und damit zum Reich in irgendeiner Weise zu ändern. Wir erheben mit allem Nachdruck die Forderung, daß einer Lösung der Reparationsfrage nicht zugestimmt wird, die nicht die völlig ungehemmte Rückkehr aller Ausgewiesenen und Vertriebenen und die Freilassung aller um ihrer Treue zum Reich und der Befolgung seiner Gesetze willen Verurteilten gewährleistet. Von den Regierungen des Reichs und der Länder erwarten wir, daß sie dem Terror Deutscher gegen Deutsche mit aller Energie rücksichtslos unterdrücken. Ebenso nachdrücklich verlangen wir Maßnahmen für die Beseitigung der Ursachen der gegenwärtigen Unzufriedenheit in den Kreisen der Arbeitnehmer. Es muß behauerlicherweise festgestellt werden, daß weite Kreise der Arbeiterschaft die Fähigkeit haben vermissen lassen, aus den sich deutlich zeigenden Verhältnissen die erforderlichen lohnpolitischen Schlüsse rechtzeitig zu ziehen. Insbesondere ist die grenzenlose Kurzsichtigkeit zu verurteilen, die sich in einer Reihe von Fällen bei einseitig eingestellten Arbeitgeberverbänden des Handels und der Industrie gegenüber berechtigten Gehaltsansprüchen ihrer Angestellten immer noch bemerkbar macht. Wir verlangen von der Reichsregierung entsprechende Einwirkung auf diese Kreise, weil wir es gern vermeiden möchten, einen sozial und wirtschaftlich verbitternd wirkenden Kampf zu führen. Ist sich die gesamte Arbeiterschaft ihrer Verantwortlichkeit bewußt, dann sind wir gewiß, daß der Wille der deutschen Arbeitnehmerschaft an Rhein und Ruhr durch nichts gebrochen werden kann.

Zur auswärtigen Lage.

Gegenrevolution in Bulgarien.

Paris, 15. Juni. Die neue bulgarische Gesandtschaft in Paris teilt einer Depeschagentur eine Depesche der Regierung Stambulinski mit, aus der sich ergibt, daß die Vorbereitungen, die die Anhänger von Stambulinski treffen, um Sofia wieder zurückzuerobern, ihrem Ende entgegengehen. In einer Depesche wird gesagt, die Anhänger des gestürzten Ministerpräsidenten wollten Blutvergießen vermeiden, deshalb werde Sofia — der Sitz der neuen Regierung — ausgehungert werden.

Stambulinski erschossen.

Sofia, 15. Juni. Der frühere Ministerpräsident Stambulinski ist bei einem Fluchtversuch erschossen worden.

Die Haltung Griechenlands in Lausanne.

Lausanne, 15. Juni. Die griechische Delegation richtete heute eine Note an die einladenden Mächte, in der sie die gestrige Versicherung der Alliierten zur Kenntnis nimmt, daß keine Gefahr für eine Unterbrechung der Konferenzarbeiten bestehe. Sie erklärt infolge dessen, auf ihre Demarche zur Herbeiführung von griechisch-türkischen Vorfriedensverhandlungen zu verzichten. In einer Mitteilung an die Presse legt die griechische Delegation dar, daß sie bei ihren vorhergehenden Schritten nicht den Abschluß eines Separatfriedens mit der Türkei angekündigt, sondern nur die Unterstüßung der Alliierten für einen Präliminarfrieden nachgesucht habe. — Man muß sagen, Herr Venizelos ist ein gewandter Stilist.

Sturz der chinesischen Regierung.

Peking, 16. Juni. Der gestürzte Präsident von China Li-Juan-Kung hat in Tientsin eine Erklärung veröffentlicht, worin er seinen Rücktritt für ungültig erklärt, da er unter einem Zwang gehandelt habe.

Bermischtes.

Der Landesverratsprozeß gegen die bayrischen Sonderbündler.

München, 15. Juni. Im Prozeß Fuchs-Machhaus erklärte u. a. der Zeuge Oberamtmann Dr. F r i e d l, Leiter der Kriminalpolizei, Fuchs habe ihm gegenüber mit verblüffender Offenheit seine Pläne dargelegt. Er habe damit begonnen, daß er aus besten französischen Quellen erfahren habe, daß Bayern von Berlin bereits verraten und verkauft sei. Die Bayern könnten sich die Pfalz nur damit erhalten, daß sie alsbald zu einer selbständigen Aktion schreiten. Zu einem sofortigen Losschlagen sei alles bereit. Seine Leute könnten nicht mehr lange gehalten werden. Waffen seien genügend vorhanden. Der Putsch hätte schon stattgefunden, wenn nicht im letzten Augenblick Waffentransporte von der Landespolizei weggenommen worden wären. Das Ruhrgebiet und Norddeutschland müsse man sich selbst überlassen. Es gelte, eine Einheitsfront mit Frankreich und der Tschechoslowakei gegen den Bolschewismus zu errichten. Dann fragte Fuchs Dr. Friedl, ob er nicht auf die Landespolizei einwirken könne, daß sie solche unerwünschte Eingriffe in die Waffentransporte unterlasse. — Fuchs erklärte, das Ziel seines Besuchs beim Oberamtmann Friedl sei gewesen, ihn um Rat zu fragen, auf welche Weise er Fühlung zur Reichswehr und zu General v. Lossow bekommen könne, um die Leitung in die Hände der Reichswehr zu legen. Zeuge Hauptmann a. D. Seidl, war Zeuge eines Gesprächs, das Fuchs am 26. Februar mit Leutnant Neunkert vom Bezirkskommando hatte. Fuchs sagte dabei u. a., man dürfe sich durch das Wort „Rheinbundstaat“ nicht abschrecken lassen, denn aus dem Rheinbundstaat sei seinerzeit das große Deutsche Reich entstanden. Neunkert erklärte, daß er schon vor dem Besuch wußte, daß die Sache mit Fuchs nicht in Ordnung war. Er habe nicht nur zur Ueberführung beitragen wollen, sondern ihm sei es hauptsächlich darum zu tun gewesen, Richert noch einmal herüberzubekommen. Er habe deshalb die Polizeidirektion gebeten, erst einzugreifen, wenn das gelungen sei. Fuchs wiederholte die Gründe, die ihn zum Bezirkskommando geführt hätten. Er habe dem General eine Beichte ablegen wollen, weil er aus der Sache heraus gewollt habe.

Riesenfeuer auf einer Schiffswerft.

Emden, 15. Juni. Gestern nachmittag brach auf der Cassenischen Schiffswerft ein Großfeuer aus, dem zwei große Holzschuppen mit vielen Maschinen und Geräten zum Opfer fielen. Der Schaden geht in die Milliarden. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Brutalität aus Politik.

Während zwischen Paris, Brüssel und London ein „Meinungsaustausch“ stattfindet, wie er unfruchtbarer und aussichtsloser kaum gedacht werden kann, unfruchtbar und aussichtslos schon deshalb, weil Frankreich bereits von vornherein ausgeschlossen ist, die von England erstrebte Einigung auf einer maßvollen Mittellinie niemals anzunehmen, während dieses unfruchtbar Meinungs-austausches also, dessen Hauptthema die Aufgabe des passiven Widerstands, verdoppelt Frankreich an Ruhr und Rhein seine Anstrengungen, diesen Widerstand endgültig zu brechen. In dem es bewußt und überlegt die diplomatische Unterhaltung mit den englischen Alliierten in die Länge zieht, sucht es Zeit zu gewinnen, der deutschen Abwehr den Todesstoß zu versetzen. „Deutschland soll“, wie ein Pariser Diplomat dem Vertreter der „Daily Mail“ erklärte, „während des noch auf Wochen geschätzten Meinungs-austausches mit London und Brüssel, in seiner eigenen Sauce schmoren. Wenn das Reich in seiner Kraft zu Ende sei, werde der passive Widerstand von selbst aufhören.“ Inzwischen soll durch potenzierte Verstärkung des Drucks, durch eine Renaufnahme alles bisher Dagewesene übertrumpfender Gewalttaten die deutsche Bevölkerung des besetzten Gebiets müde gemacht, zum Nachgeben oder zu unüberlegten Verzweiflungstaten gedrängt werden.

Nur politische Kurzsichtigkeit kann verkennen, daß die gerade in letzter Zeit besonders verstärkte Bedrückung der Bevölkerung des besetzten Gebietes die Auswirkung einer wohlüberlegten Absicht ist, daß in ihr System liegt. Verfolgt man die erschütternde Reihe der zu unserer Kenntnis gekommenen jüngsten Greuel, Blut- und Gewalttaten der französischen Besatzung, die unerhörten Urteile der französischen Kriegsgerichte, die maßlose Brutalität der neuesten Ausweijungsbejehle, so ist es geradezu, als ob

an die französische Schergen von vorgelegter Stelle aus die Losung ausgegeben worden sei, jetzt auch die letzten Rücksichten fallen und den Instinkten ungezügelter Grausamkeit freien Lauf zu lassen. Fünfjährige Kinder werden verschleppt, zehnjährige Mädchen vergewaltigt, schwangere Frauen auf die Straßen getrieben, Raub und Diebstahl steigt ins Maßlose, harmlose Passanten, friedliche Spaziergänger werden ohne jede Veranlassung niedergemetzelt, Viechtungen zu jahrelangen Freiheits- und millionenhohen Geldstrafen sind an der Tagesordnung und wiederum wird über einen Deutschen nach unter Martern erpresst „Geständnis“ das Todesurteil verhängt. Ins Riesenhafte wächst der Alp, der auf den Gemütern wehrloser Menschen lastet, wehrloser Menschen, die zähneknirschend, aber dennoch nicht entmutigt in trotzigem Sichverjagen diesen Alp ertragen haben. Jetzt soll er mit doppeltem Gewicht sie ganz erdrücken, soll sie zwingen, die letzte Waffe wegzumwerfen, die Waffe der passiven Resistenz. So will man es, so erwartet man es in Paris. Und man wiegt sich bereits in der Hoffnung, dem unangenehmer Mahner jenseits des Kanals nach unfruchtbarem wochenlangen diplomatischen Hin- und Hergeplänkel eines schönen Tages doch mit einer vollendeten Tatsache gegenüber treten und etwa sagen zu können: Was wollt ihr noch? Seht doch, die Deutschen des besetzten Gebiets haben jetzt selbst den passiven Widerstand aufgegeben, haben sich selbst damit ins Unrecht versetzt, haben sich mit unserer Anwesenheit an Rhein und Ruhr abgefunden. So hofft man also in Paris. Dazu die Verzögerung des diplomatischen Meinungs-austausches mit London, dies der Zweck der Verdoppelung des Terrors im deutschen Westen. Dies die französische Rechnung. Ob sie stimmen wird, hängt lediglich von der Entschlossenheit Deutschlands ab, die letzte Waffe, die ihm geblieben ist, die Waffe der passiven Resistenz, nicht aus der Hand zu legen.

Das neue Todesurteil.

Noch sind die Schüsse des französischen Pelotons, die auf der Goltzheimer Heide den Kaufmann Schlageter hinstreckten, kaum verhallt, da kommt bereits wieder die Nachricht von einem neuen Todesurteil, das ein französisches Kriegsgericht mitten im Frieden über einen Deutschen gefällt hat. Wegen angeblicher Sabotage ist der Landwirtschaftslehrer und Angestellter der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Paul Georges, vom französischen Kriegsgericht in Mainz zum Tode verurteilt worden. Georges war in der Nacht, in der die Eisenbahnunfälle in der Pfalz sich ereigneten, beim Passieren der Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen von den Franzosen angehalten und wegen des Besitzes einer Pistole verhaftet worden. In dem an die Verhaftung anschließenden stundenlangen Verhör soll Georges nach französischer Angabe dann „gestanden“ haben, bei den betreffenden Sabotageakten beteiligt gewesen zu sein. Auf dieses „Geständnis“ stützt sich der Todespruch, der einen Unschuldigen traf. Denn Georges war an den Sabotageakten unbeteiligt und das „Geständnis“, das er ablegte, war ein erzwungenes, eine unter grausamen achtstündigen Folterqualen abgerungene ungültige Aussage. Das geht auch aus der Tatsache hervor, daß Georges unter den schweren seelischen Depressionen dieser Aussage und infolge neuer maßloser Quälereien während seiner Haft im Militärgefängnis zu Mainz mehrere Selbstmordversuche unternahm, die von seinen Wächtern aber verhindert wurden. Das Urteil des Mainzer Kriegsgerichtes beschwört die finsternen Schatten des Mittelalters, die Zeit der Hexenprozesse und Marterwerkzeuge herauf. Die Justiz einer Nation, die ihre Urteile auf unter Martern abgelegte Geständnisse stützt, ist eine Justiz von Barbaren und die Nation, die eine solche Justiz duldet, unwert, noch weiter der großen Gemeinschaft der europäischen Kulturvölker als gleichberechtigtes Mitglied anzugehören. Die Methoden dieser Justiz passen genau in den Rahmen der übrigen

französischen Ruhrverbrechen. Durch Lüge und Entstellung, durch erpresste „Geständnisse“ soll der Welt glaubhaft gemacht werden, daß Frankreichs Forderung nach Aufgabe des passiven Widerstandes berechtigt sei.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. Juni 1923.

Organisationszwang und Tarifvertrag.

Von zuständiger Seite wird zu der neuerdings wieder aufgeworfenen Frage der Rechtswirksamkeit des Organisationszwanges folgendes mitgeteilt: In einzelnen Tarifverträgen finden sich Vereinbarungen des Inhalts, daß der Arbeitgeberverband nur Angehörige des vertragsschließenden Arbeitnehmerverbandes beschäftigen darf, dem Arbeitnehmerverband Angehörige nur Stellung nehmen dürfen bei Firmen des vertragsschließenden Arbeitgeberverbandes. Da der Inhalt der Tarifverträge lediglich der freien Entschliebung der Vertragsparteien unterliegt, können die Reichs- und Landesverwaltungsbehörden solche Vereinbarungen nicht verhindern, dagegen lehnt das Reichsarbeitsministerium in ständiger Übung die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen mit solchen Klauseln ab. Ueber ihre Rechtsgültigkeit zwischen den Vertragsschließenden haben die ordentlichen Gerichte im einzelnen Streitfall zu entscheiden. In seinem Urteil vom 6. April 1922 sieht das Reichsgericht in einer solchen Vereinbarung einen Verstoß gegen die guten Sitten, wenn der dem einen Teil zugefügter Nachteil so erheblich ist, daß dadurch dessen wirtschaftliche Vernichtung herbeigeführt wird oder wenn er zu dem erstrebten Vorteil in keinem Verhältnis steht. Das Reichsgericht kommt in diesen Fällen zu dem Ergebnis der Nichtigkeit der beanstandeten Klausel (§ 138 B.G.B.) und der Verpflichtung zum Schadenersatz gemäß § 826 B.G.B. Ob diese Klausel schon gemäß Art. 159 der Reichsverfassung rechtswidrig sei, ließ das Reichsgericht dahingestellt.

Wetter für Sonntag und Montag.

Allmählich bildet sich über Süddeutschland wieder ein Hochdruck aus. Am Sonntag und Montag ist Aufheiterung und Wiedererwärmung zu erwarten.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Juni. In der Nacht auf Freitag wurde in der Eberhardstraße der 24jährige Metzger Adolf Bürkle von dem 58 Jahre alten Flaschner Wilhelm Rothfuß von Dagersheim durch einen Messerstich in die Brust getötet. Den Anlaß zur Tat gaben Streitigkeiten wegen einer Dirne. Rothfuß, der wegen verschiedener Roheitsdelikte vorbestraft ist, wurde festgenommen.

(S.C.B.) Cannstatt, 16. Juni. Heute vormittag stürzte sich ein 18 Jahre alter, vermutlich geistesgestörter Banklehrling aus einem Fenster im dritten Stock eines Hauses der Bismarckstraße in selbstmörderischer Absicht auf die Straße. Er war sofort tot.

(S.C.B.) Weingart, 15. Juni. Die Ehefrau des Händlers Alois Förstner hatte vor etwa 8 Tagen ihren Mann verlassen und war in ihr elterliches Heim zurückgekehrt. Offenbar unter alkoholischem Einfluß begab sich Förstner in das Haus seiner Schwiegereltern, um angeblich seine Frau wieder zu holen. Da seinem Begehren nicht entsprochen und ihm außerdem der Zugang in die Wohnung versperrt wurde, zog er sein Messer und stach blindlings auf seine beiden Schwägerinnen ein. Während die eine mit leichten Verletzungen am Arm und im Gesicht davontam, erhielt die andere einen lebensgefährlichen Stich in die Brust. Der Täter wurde von der aufgeregten Menge so gründlich verprügelt, daß seine Einlieferung ins Gmünder Krankenhaus notwendig war.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 105 000 M., der Schweizer Franken auf 19 348 M.

Die Wirkung der wertbeständigen Anleihen.

Berlin, 15. Juni. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die von der Stadt Berlin aufgelegte 5prozentige Roggenwert-Anleihe wurde am heutigen ersten Zeichnungstag bereits um ein Vielfaches des zur Zeichnung aufgelegten Betrags von 60 000 Zentnern Roggen überzeichnet. Zeichnungen auf diese Anleihe werden daher nicht mehr angenommen. Dagegen bleibt die Zeichnungsfrist für die 8-10prozentige Markanleihe bis auf weiteres vorläufig bestehen.

Neue Tarifierhöhungen bei der Eisenbahn in Aussicht.

Berlin, 16. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, sollen gegenwärtig im Reichsverkehrsministerium Verhandlungen über neue Tarifierhöhungen bei der Reichsbahn schweben, die angesichts der ständig steigenden Ausgaben notwendig seien. Wann die Erhöhungen eintreten würden, stehe noch nicht fest. Eine Erhöhung der Preise der bereits für die Ferienzonenzüge gelösten Fahrkarten sei nicht beabsichtigt.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 15. Juni. Bei einem Dollarstand von 108 000 war die Börse heute, obgleich dieser Kurs eine weitere Geldentwertung bedeutet, ihrer Sache doch nicht ganz sicher, wie man hätte glauben können. Die Schaffung einer Devisenzentrale machte die Spekulation doch etwas stutzig. Aber die Grundstimmung war natürlich fest und es gab zumeist wieder höhere Kurse. Mancher kann natürlich überhaupt nicht mehr kaufen, weil die Papiere nur noch für solche erschwinglich sind, die sich schon seit längerer Zeit am Börsengeschäft bereichert haben. Der Verkehr war deshalb verhältnismäßig ruhig. Auf dem Bankenmarkt gaben Vereinsbank-Aktien 1000 Punkte nach, Notenbank gewannen 10 000 Punkte, Hypothekenbank 1000 Punkte. Von Brauereiwerten profitierten Esslingen 10 000, Ravensburg 2000, Rottweiler Pfauen 4000, Württ.-Hohenz. 5000 Punkte. Unter den Maschinen, und Metallwerten zogen Daimler excl. Dividende noch 25 000 Pr. an. Weiter sind als wesentlich höher zu erwähnen: Laupheim +15 000, Sohner +10 000, Jungmans +19 000, Magirus +5000, Feinmechanik +5000. Zum Teil waren die Papiere nur rationiert zu erhalten. Von Nahrungsmittelwerten profitierten Leibbrand 1000, Krumm 5000, Knorr 10 000, wogegen Kaiser Otto 4000 Pr. einbüßten. Unter den Textilwerten gingen Kolb u. Schüle um 15 000 Punkte zurück und zogen Erlangen um 16 000 Punkte an. Ferner sind zu erwähnen Vietigheim +40 000. Von sonstigen Papieren war Verlagsanstalt 15 000 Pr. höher. Im Freiverkehr war die Tendenz ebenfalls verhältnismäßig ruhig, aber fest.

Mehlpreis.

Die Südb. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 um 30 000 M pro Doppelzentner erhöht.

Märkte.

(S.C.B.) Ludwigsburg, 15. Juni. (Viehmarkt.) Gesamtzufuhr 31 Stück. Der Handel und Verkehr war sehr flau. 11 Verkäufe wurden abgeschlossen. Die Preise waren für je 1 Stück: Färren 2 010 000 M., Stiere 5 600 000 M., Kalbinnen 7,5 Mill. M., Rinder 2,9-3,2 Mill. M., Schmalvieh 1,2-2,5 Mill. M., Dajsen und Kühe wurden nicht verkauft.

(S.C.B.) Nürtingen, 16. Juni. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 6 Läufer Schweine (verkauft 4) und 77 Milchschweine (verkauft 65). Erlös für Käufer 700-975 000 M., für Milchschweine 350-500 000 M., je pro Stück.

Die deutschen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Aufschlag kommen. D. Schöffel.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Vellhäger'schen Buchdruckerei, Calw.

Schmieh.

Kalksteinzerkleinerungs-Akkord.

Nächsten Montag, den 18. Juni, mittags 1 Uhr, werden auf dem Rathaus in Schmieh

178 Meter Kalksteine

losweise oder an einen im öffentlichen Akkord vergeben. Gemeinderat.

Bin stets Käufer für

Birn- Kirsch- u. Nußbaumholz

2 Schlafzimmer

Rücheneinrichtungen

und einen leichten Leiterwagen fast neu

Chr. Wucher, Schretzmeister, Gchingen, Fernsprecher Nr. 6.

Börsenmacherinnen

gelernte und angelernte zum sofortigen Eintritt gesucht.

Metallwarenfabrik Nagold G.m.b.H. Nagold.

Sterbekasse Calw.

Morgen Sonntag nachmittags 6 Uhr findet bei Chr. Wörz unsere General-Versammlung statt, wozu die Mitglieder freudl. eingeladen werden. Der Ausschuß.

1 Foxterrier

ist mir zugelaufen und kann gegen Einrückungsgebühr innerhalb 3 Tagen abgeholt werden bei Ulrich Kentschler, Altbürg.

TAPETEN

in groß. Auswahl auf Lager EMIL G. WIDMAIER Bahnhofstraße.

Anwesen

jeder Art, wie Hofgut, Fabrik, Mühle, Wohn- oder Geschäftshaus, Sägewerk, Wirtschaft oder Villa werden von zahlungsfähigem Interessenten sofort zu kaufen oder gegen andere Anwesen zu tauschen gesucht. Angebote unter H. E. 138 an die Geschäftsst. d. Bl. erbet.



Wanderung

zur Hauptversammlung nach Horb. Abfahrt 6.43 Nagold. Führer Schmitt.

Bez.-Wirts-verein Calw.

Am Dienstag, den 19. Juni nachmittags 1/2 4 Uhr

Versammlung

bei Harß zum „Schiff“ Tagesordnung: Dringende Verbandsangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Mädchen

als zweite Hilfe. Hauskleidung wird gestellt. Frau Helene Schmid, Lederstraße 160.

Sozialdemokrat. Verein Calw.

Heute Samstag, 16. Juni, abends 1/9 Uhr, bei Bäcker Kirchherr, Vorstadt

General-Versammlung.

Um vollzähliges Erscheinen bittet der Vorstand.

Suche per sofort williges zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Haushaltung. Frau Emma Dierlamm, Bäckerei, Calw.

Tochter adäpt. Familie

nicht unt. 17 Jahren findet sof. gute Anfangs-Stellung in gem. Warengeschäft nach Leonberg. Kost, Logis und Bäder frei u. Fam.-Anschluß.

Angebote m. Schulzeugnissen, Gehaltsansprüchen u. Angabe der leith. Tätigkeit erbeten an Firma Müller & Riele Leonberg.

Herren- u. Damen-Kleider

reinholt und bügelt zu billigsten Preisen Badstraße 368.

Zu verkaufen:

Kaufhaus u. Pension

(25 möbl. Zimmer) in einer Badestadt Strecke Calw-Pforzheim samt vielem Inventar.

Anzahlung bar 260 Millionen. Ernstl. Käufer wenden sich an

J. Proß, Bad Teinach, Immobiliengeschäft. Fernsprecher 18.

Bruchleiden!

Brüche sind heilbar, ohne Operation, ohne schmerzhaftes Einspritzen. Vollständig ohne Berufsstörung. In Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche.

Sprechstunden in Calw Mittwoch, 20. Juni, vormittags 8-11 Uhr, Hotel „Waldborn“.

Dr. med. H. E. Meyer, Spez.-Arzt f. Bruchleiden, Hamburg, Schauenburger Straße 4.

Ich litt an einem wallnußgroßen Leistenbruch. Durch die Methode des Herrn Dr. Meyer ist derselbe völlig ausgeheilt. Ich habe keine Beschwerden mehr. Ich war früher operiert, die Operation hatte nicht gehalten.

Sgelsbach i. Ddw. 9. Mai 1922. Wilhelm Bauer Ueber 100 amtlich beglaubigte Zeugnisse liegen vor der Sprechstunde zur Einsicht auf.

Zur Haarpflege Birkenhaarwasser

empfiehlt echtes Karl Otto Vincon.

Calw, den 16. Juni 1923.
Statt jeder besonderen Anzeige!
 Teilnehmenden Freunden und Bekannten
 gebe ich die schmerzliche Nachricht, daß mein
 lieber Mann, unser treubeforgter Vater,
 Schwieger-, Groß- u. Urgroßvater, Schwager
 und Onkel

Ludwig Bühner †
 Oberamtsgeometer a. D.,

nach längerer Krankheit sanft entschlafen ist.
 In tiefem Leid bitten wir um stille Teilnahme
R. Bühner geb. Bossert,
 mit Familie.

Für Blumen wird herzlich gedankt.
 Beerdigung Montag nachmittag 4 Uhr.

Calw, den 16. Juni 1923.
Todes-Anzeige.
 Mein lieber Mann

Wilhelm Müller †
 ist nach kurzer Krankheit unerwartet
 rasch verschieden.

In tiefer Trauer:
Die Gattin: Marie Müller
 geb. Theurer.

Beerdigung Sonntag nachm. 1/2 3 Uhr.

Oberkollwangen, 16. Juni 1923.
Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme, die wir anlässlich des so schmerzlichen
 Verlustes meines lieben Mannes, unseres
 unvergeßlichen Vaters

Johann Georg Klink
 Schmiedmeister

erfahren durften, für die trostreichen Worte
 des Herrn Pfarrers, den erhebenden Gesang
 des Herrn Kirchenchor, mit seinem Kirchenchor,
 die ehrenden Nachrufe seitens der Krieger-
 vereine und die so zahlreiche Begleitung von
 Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte
 sagt herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
 die trauernde Gattin Marie Klink
 mit ihrem Kind.

Weit unter Tagespreis!

**22 St. Drehstrom-
 Motore**

220/380 u. 380/660 Volt, Kurzschlußanker.

**10 St. Schleifring-
 Motore**

3, 4 und 5 PS, 220/380 Volt.

Christian Kurz,
 Technisches Büro, Calw.

Fernsprecher 57.



**Elektro-
 Motoren**

neu und gebraucht
 für Gleichstrom und Drehstrom
 stets sofort ab Lager lieferbar.

Apparat, G.m.b.H., Esslingen a. N. 13

Reparaturwerk
 für Elektromotoren und Transformatoren.
 Fernruf 69 und 92



**FOCHTEN-
 BERGER'S**
 Colnisches
 Wasser

Erfrischend und nerven-
 stärkend: Zu haben in
 allen einschl. Geschäften
 Hersteller:
 Joh. Chr. Fochtenberger,
 Heilbronn a. N.



Jede Menge
la.

Brenntorf
 kann bestellt werden.
 Wilh. Binder, Hirsau



Alle Musikinstrumente
 für Haus und Orchester von
 den einfachsten Schüler- bis
 zu den feinsten Künstler-
 Instrumenten, aller Zubehör,
 Saiten u. s. w. in reicher
 Auswahl empfiehlt
Musikhaus Curtz,
 Pforzheim, Leopoldstr. 17
 Arkadenriedleisch-Rohbrücke
 Großhandlung Einzelverkauf
 Ausführung all. Reparaturen
 und Stimmen.
 Ankauf alter Geigen u. Celli.



Weiterer Junggeselle sucht
 als Dauermieter möbliertes
Zimmer
 in ruhigem Hause gegen zeit-
 gemäße Vergütung. Bett-
 wäsche wird gestellt.
 Angebote unter H. E. 1188
 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Rautschuk-
 Stempel**
 aller Art liefert
 Ernst Kirchherr Calw.

Rucksäcke
 Wind-Sacken
 Wetter-Mäntel
 Wandel-Hosen
 Samaschen
 Sportstiefel
 Sporthaus Mangold,
 Stuttgart,
 Charlottenstraße 6.
 Fernsprecher 10363.

Bei Kropf, Blähhsals
 usw. wirken einwandfrei
**Re- Ma-
 Strumetten**
 zu haben in der
 Alten Apotheke.

**Avenarius-
 Carbolineum**
 empfiehlt
 Carl Serva
 Fernspr. 120.

**Kaufe
 Felle aller
 Art**
 Jakob Eberhardt
 Badstraße 342.

1 Nähmaschine
 ist zu verkaufen.
 Haaggasse 193.

Unterzeichneter verkauft
 am Dienstag, morgens 8 U. r
 einen Wurj reine, ans Pressen
 gewöhnte

Milchschweine
 sowie ein 1/2 Jahre altes
Zucht-Rind
 Michael Pfommer,
 Würzbach.

Zu kaufen gesucht:
**Villa
 Wohnhaus
 Geschäfts-
 haus
 Hofgut**
 gegen sofort. Barzahlung
 Angebote erbeten an
S. Proß,
 Immobiliengeschäft,
 Bad Teinach.
 Fernsprecher 18.

Verkaufe am Samstag
 mittag 4 Uhr einen
Divan,
 einen älteren
Kinderwagen
 und sonstige
**Haushaltungs-
 gegenstände**
 Georg Gulbe Ottenbronn
**2 Brustplatt-
 Geschirre**
 für leichtere Pferde verkauft
 Kentschler, zum „Hirsch“
 Röttenbach.



Hüllen
 Briefbogen
 Zeitschriften
 Massenaufgaben

Postkarten
 Rechnungen
 Farbendrucke
 Familiendrucke

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei
 Calw Lederstraße Nr. 151.
 Fernsprecher Nr. 9

Die Verlobung ihrer Tochter Clara
 mit Herrn
 Hans Ritz, Kaufmann, Stuttgart
 beehren sich anzuzeigen
 Karl Bauer und Frau Pauline
 geb. Gwinner.
 Bad Liebenzell, im Juni 1923.



Sonntag, 17. Juni 1923:
Fußballwettpiele

F.-C. Juventus
 F.-A. T.-B. Calw I und II.

Beginn 1/2 und 3 Uhr. — Sportplatz Windhof.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
 Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr

Die schwarze Lu.
 Ein Abenteuer-Film in 5 Akten mit Beiprogramm:
Die Streiche der Lotte Bach.
 Nach der gleichnamigen Romanserie
 von Ernst Georgy.

**Anmöbliertes
 helles Zimmer**

per sofort oder später gegen zeitgemäße
 Vergütung gesucht. Parterre gelegenes
 in Nähe von Post- und Zollamt bevorzugt.
H. Natter & Co., Export.
 Angebote wollen auf der Geschäftsstelle ds. Bl. abge-
 geben werden.

Dauernde Selbständigkeit
 bieten wir tüchtigen Herren durch Uebernahme
 einer Filiale von unserem praktischen und
 sehr billigen
Feuerlöcher
 welcher in keiner Fabrik und Haushaltung
 fehlen darf. Sowie unterseits bewährten
Heranzünder
 der wesentliches Ersparnis von Heizmaterial
 gewährt. Fachkenntnisse nicht notwendig;
 etwas Kapital erwünscht.
 Offerten erbeten an den Generalvertreter
 Paul Müller, Stuttgart, Hauptstätterstr. 135.

**Sofort lieferbar.
 Drehstrom-
 Motore**

K. A. und S. A. 220/380 normale Tourenzahl,
 fabriken

Fabrikat Eßlingen a. N.:
 1 Stück 3 P. S., 2 Stück 4 P. S.
 und 1 Stück 5 P. S.

Fabrikat Bergmann:
 2 Stück 3 P. S., 3 Stück 4 P. S.
 und 2 Stück 5 P. S.

Fabrikat Sachsenwerke:
 1 Stück 4 P. S.
 wenig gebraucht, garantiert betriebstüchtig.
 Zu sämtlichen Motoren sind Anlasser und
 Spannschienen.

Gustav Kohler, Maschinenfabrik
 Talmühle D. A. Calw.
 Fernsprecher Nr. 9 Bad Teinach.

Die franzi
 folge au
 Vertrau
 einer no
 damit a
 gungs- u
 Nach der P
 Sinblid
 über ein
 men, dah
 und dah
 wird, ein
 bringen.
 In Englan
 zögerns
 einbruch
 dauernd
 geben, bi
 selben M
 wieder K
 werde.
 Unterbesse
 Gebiet D
 Balka
 finanziell
 nicht ein
 Krieg W
 Entente,
 terte geg
 lich ein
 ste jetzt
 chen", we
 dürste.
 Die B
 Die auf
 Wochen tro
 Weise zugef
 ich der des
 entweder d
 folgenden
 tion des M
 den täglich
 Kriegserfä
 igen Verni
 ziel der fran
 gerung bis
 care's seit
 Verschärfun
 allein der
 Rheinland-
 es noch nich
 völkering d
 Willenskräf
 hat, so war
 lerer heutig
 Zähne gerü
 den mit ein
 würden, we
 ihren eigene
 nchtungspl
 rigkeiten ge
 wie ihrer T
 Tag zuzunel
 sichtlich in
 Gegner mit
 weit überleg
 Regierungen
 Krisen irgen
 werden, dah
 notleidet, w
 foch den Gef
 Die in n
 Hon seit ve